STVV 4.4.22 verteilt

1 dafur 32 dagegen = abgelehnt



## AfD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eltville/Rhein

E-Mail: eltville@afdrtk.de Fraktionsvorsitz: Frank Grobe Eltville, den 04.04.2022

## **PRESSEMITTEILUNG**

## Undemokratisches und infantiles Trotzverhalten der Altparteien

Die Eltviller Stadtverordnetenversammlung wollte ursprünglich eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen zum Ukraine-Krieg herausgeben. Doch es kam anders.

Auf Nachfrage des AfD-Fraktionsvorsitzenden Frank Grobe bei der CDU wurde ihm mitgeteilt, dass man mit der Alternative für Deutschland "gar nichts gemeinsam macht". Gründe wurden keine genannt.

"Wir hätten hier gerne gemeinsam mit allen anderen Fraktionen ein Zeichen gegen Krieg und für Frieden gesetzt. Leider boykottieren die Altparteien diese Bemühungen wieder einmal mit ihrem undemokratischen und infantilen Trotzverhalten", so Grobe. "Wieder eine Gelegenheit, die CDU, SPD, Grüne und BLL vertan haben."

Somit sah man in der AfD-Fraktion Eltville die Notwendigkeit, eine eigene Resolution mit Standpunkten zum Ukraine-Krieg zu erarbeiten. Sie lautet:

- "1. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen.
- 2. Wir trauern mit den Familien der gefallenen Soldaten und der zivilen Opfer beider Seiten.
- 3. Die AfD-Stadtverordnetenfraktion fordert vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setzt sich mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für die Entsendung einer VN/OSZE-Friedenstruppe in die Ukraine ein.
- 4. Wir unterstützen die Anrainerstaaten, die sehr viele ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, ebenso wie die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz.
- 5. Wir sind für die temporäre Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt.

AfD Stadtfraktion Eltville/Rhein

eMail: <u>eltville@afdrtk.de</u> Kontakt: Frank Grobe Seite 1/2



- 6. Einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO lehnen wir ab.
- 7. Wirtschaftssanktionen sind abzulehnen. Wir befürworten Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges.
- 8. Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, ist grundsätzlich abzulehnen, da dies zur Eskalation beiträgt.
- 9. Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat Deutschland abhängig und verwundbar gemacht. Wir halten an Nord Stream II fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.
- 10. Russischsprachige Menschen, die in Deutschland leben, müssen vor Diskriminierung, Anfeindung und Angriffen geschützt werden."